

Kleine Anfrage Michael Köpfli (GLP): Rechnet der Gemeinderat ab 2015 nach wie vor mit schwarzen Zahlen beim Glasfasernetz?

Gemäss dem neusten Geschäftsbericht von Energie Wasser Bern (ewb) schrieb die Sparte „New Business“ (erneut) einen deutlichen Verlust, diesmal von 9 Millionen Franken. Der wesentliche Teil des Verlustes in dieser Sparte fällt offenbar auf das Glasfasernetz in der Stadt Bern zurück.

Am 14. Februar 2013 meinte der Gemeinderat im Rahmen der Debatte über die Interpellation GFL/EVP, GLP (Matthias Stürmer, EVP/Michael Köpfli, GLP): „Glasfasernetz: Ging ewb zu hohe Risiken ein?“, dass mit dem Glasfasernetz ab 2015 schwarze Zahlen geschrieben würden. (Zitat Gemeinderat Reto Nause: „Unser Business Case in diesem Bereich hat am Anfang rote Zahlen vorgesehen, ab 2015 werden wir schwarze Zahlen schreiben wollen und müssen.“).

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hält der Gemeinderat auch heute noch an dieser Aussage fest?
2. Gibt es Prognosen für das Geschäftsfeld Glasfasernetz im Jahr 2015? Wenn Ja, wie sehen diese aus?

Bern, 24. April 2014

Erstunterzeichnende: Michael Köpfli

Mitunterzeichnende: Matthias Stürmer, Peter Ammann, Daniel Imthurn, Melanie Mettler

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterstützt ewb in seinem Vorgehen zum Ausbau des Glasfasernetzes (FTTH; Fibre to the Home) und anerkennt die von ewb getroffenen Bestrebungen zum Gelingen dieses Business Cases. Der Gemeinderat wird durch die zuständigen Organe von ewb regelmässig über den Projektfortschritt orientiert und kann im Rahmen der Kennzahlenberichterstattung die Überprüfung respektive das Controlling zur Einhaltung der Eignerstrategie wahrnehmen.

Zu Frage 1:

Die Aussage von Gemeinderat Reto Nause anlässlich der Stadtratsdebatte vom 13. Februar 2013 stützte sich auf die Angaben des Business Cases FTTH ab, wie er durch den ewb-Verwaltungsrat nach der jährlichen Evaluation Ende 2012 freigegeben wurde. Aufgrund der seinerzeitigen Einschätzungen der Anzahl Endkundinnen und Endkunden, welche die Glasfasertechnologie nutzen werden, wies der Business Case ab 2015 einen positiven EBIT („earnings before interests and taxes“; Gewinn vor Zinsen und Steuern) aus. Bei diesem Ergebnis sind demzufolge zwar die Abschreibungen eingerechnet, noch nicht berücksichtigt ist indessen die Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

Insofern war die Aussage an der Stadtratsdebatte vom 13. Februar 2013, wonach der Business Case FTTH ab 2015 „schwarze Zahlen“ vorsieht, eine vermutlich missverständlich wirkende Verkürzung.

Zu Frage 2:

Der Geschäftsbericht 2013 von ewb weist für die Sparte „New Business“, zu der auch das Geschäftsfeld Telekommunikation gehört, einen Verlust von rund 9 Mio. Franken aus. Auf die Telekommunikation entfallen davon rund 6,7 Mio. Franken (nach Steuern). Der Business Case FTTH wird durch den Verwaltungsrat ewb jährlich evaluiert und zudem wird das Projekt FTTH auch durch

die externe Revisionsstelle aufgrund der Vorgaben des Rechnungslegungsstandards Swiss GAAP FER auf dessen Werthaltigkeit überprüft. Aufgrund der durch das Management eingeleiteten Massnahmen, beurteilte die externe Revisionsstelle die Werthaltigkeit trotz der zeitlich verzögerten Nachfrage nach Dienstleistungen auf der Basis der Glasfasertechnologie und dem deshalb später zu erwartenden Absatz per Ende 2013 noch als gegeben.

Der unter Berücksichtigung der neusten Erkenntnissen aktualisierte, vom ewb-Verwaltungsrat Ende 2013 evaluierte und freigegebene Business Case FTTH sieht vor, dass ein positiver EBIT im Vergleich zu den Ende 2012 getroffenen Annahmen später eintreten wird.

Ausschlaggebend hierfür sind die aufgrund der aktuellen Erfahrungen angepassten Absatzzahlen als Folge der gegenüber den ursprünglichen Einschätzungen später einsetzenden Nachfrage. Der Grund hierfür ist unter anderem darin zu suchen, dass einer der grössten Anbieter von Kommunikationsdienstleistungen rund ein Jahr später als vorgesehen seine Produkte auf der Glasfaserinfrastruktur von ewb in der Stadt Bern anbietet. Die entsprechenden Verhandlungen bzw. der Vertragsabschluss nahmen leider mehr Zeit als ursprünglich geplant in Anspruch.

Beim Vorhaben FTTH handelt es sich um ein typisches Infrastrukturprojekt mit langfristigem Nutzen. Dies bedeutet, dass zu Beginn hohe Investitionen notwendig sind, um die Infrastruktur bereit zu stellen. Die Erlöse aus der Nutzung der Infrastruktur fallen erst später an. Wie die Erfahrungen zeigen, braucht es hierfür allenfalls noch etwas Geduld. Dass die Nachfrage nach Kommunikationsdienstleistungen aber laufend - und zwar exponentiell - zunimmt, ist eine Tatsache. Dieser Trend ist zweifellos unumkehrbar. Damit kommt der von ewb, in Baukooperation mit der Swisscom, in der Stadt Bern flächendeckend bereitgestellten Infrastruktur, auf Basis der Glasfasertechnologie auch für die Stadt Bern unter dem Aspekt des Standortwettbewerbs ein erheblicher Stellenwert zu. Früher oder später wird diese Infrastruktur mithin den Wert erreichen, der die getätigten Anfangsinvestitionen rechtfertigt. Unterstützt wird diese Erkenntnis auch durch die auf nationaler Ebene geführten Diskussionen unter dem Stichwort „Konvergenz der Netze“ (zunehmende Verflechtung von Infrastrukturnetzen). Im Übrigen sei auch daran erinnert, dass die Glasfasertechnologie die Bemühungen von ewb im Bereich der Smart Technologie (Aufbau so genannter intelligenter Netze zur Förderung der Energieeffizienz) massgeblich unterstützt. Sofern ewb hierbei nicht auf der in ihrem Eigentum stehenden Infrastruktur basieren könnte, müsste sie deren Nutzung mit entsprechenden Kostenfolgen bei Dritten einkaufen.

Der Business Case FTTH steht weiterhin unter hoher Aufmerksamkeit des gesamten Managements und des Verwaltungsrats von ewb. Auch in diesem Jahr wird der aktualisierte Business Case dem Verwaltungsrat zur Evaluation und Freigabe vorgelegt und durch die externe Revisionsstelle auf die Werthaltigkeit gemäss Swiss GAAP FER geprüft. Der Gemeinderat nimmt zudem im Rahmen der Kennzahlenberichterstattung die Überprüfung respektive das Controlling zur Einhaltung der Eignerstrategie wahr.

Bern, 21. Mai 2014

Der Gemeinderat